

Fadegrad



von
Nina Fehr Düsel

Ein Zeichen setzen

Speziell in der Stadt Bern hat sich rund um die Reitschule eine besonders agile Chaoten-Szene eingestellert, welche eine Gefahr für die öffentliche Ordnung darstellt. Bei erneuten, mehrtägigen Krawallen Ende Februar 2017 haben diese Linksextremen zehn Polizisten, welche eine Strasse abgesperrt hatten, derart stark verletzt, dass sie ins Spital eingeliefert werden mussten. Laut einem Polizeisprecher wurden sie mit Lasern geblendet und von Steinen und Wurfgegenständen am Kopf getroffen.

Linksradikale, welche scheinbar für Meinungsfreiheit sind, desavouieren jegliches andere Gedankengut. So werden Anlässe mit Andersdenkenden sofort boykottiert und abgesagt, wie sich auch in Zürich bereits mehrfach gezeigt hat.

Auch bei SVP-Anlässen braucht es stets ein hohes Sicherheitsaufgebot. Trotz entsprechendem Polizeiaufgebot kommt es auch in der Stadt Zürich bei diversen Events immer wieder zu linksradikalen Ausschreitungen. In Zürich sind der Polizei jedoch oft die Hände gebunden, da der Polizeivorsteher Wolff «grosses Verständnis» für diese Szene hat. Wenn dann doch etwas unternommen wird, müssen Polizisten noch Angst vor der Kritik haben, sie hätten die Verhältnismässigkeit nicht eingehalten. Trotz der aufgeheizten Stimmung wegen der Krawalle rund um die Berner Reitschule hat der Ständerat am Montag eine Motion aus dem Nationalrat mit 33 zu 10 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. Der Vorstoss verlangte Freiheitsstrafen von einem bis zu fünf Jahren für Drohungen oder Gewalt gegen Behörden oder Beamte. Heute können solche Angriffe nur mit Geldstrafen geahndet werden. Mit der hohen Mindeststrafe wollte der Nationalrat Beamte besser vor Gewalt schützen. Leider konnte sich die SVP im Ständerat nicht durchsetzen. Dies obwohl in der steuerzahlenden Bevölkerung das Verständnis für die Linksaktivisten und deren Ausschreitungen immer mehr schwindet.

So wurde vom Bund mehrfach von verschiedenen Vereinen, von Polizisten sowie von der Bevölkerung mehr Schutz, Handlungsfreiheit und vor allem auch verschärfte Gesetze (erhöhtes Strafmass / verschärfter Strafraum) gefordert – bis jetzt leider ohne Erfolg. Sommaruga schiebt das Ganze einmal mehr auf die lange Bank. Zum Glück sind noch weitere parlamentarische Initiativen hängig. Es braucht unbedingte Freiheitsstrafen bei Gewalt und Drohung gegen Polizeibeamte, welche – während ihres Einsatzes für die öffentliche Sicherheit – die Konfrontation mit der linksextremen Szene nicht selten mit Verletzungen bezahlen. Die Polizistinnen und Polizisten müssten vor Gewalt geschützt werden. Ohne Wenn und Aber. Es ist Zeit, hier endlich ein Zeichen zu setzen.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Übungsfeld für Politiker – ein Konzentrat aus Geschäften mit bedingter Relevanz

Die Debatten im Gemeinderat haben ihren unschätzbaren Wert darin, dass die hier zu behandelnden Geschäfte – aller gelegentlichen Langeweile zum Trotz – ein hervorragendes Übungsfeld für die Politiker darstellen. Die Wirkung ist auf die kommunale Ebene beschränkt und so hält sich der Schaden bei Missgriffen innerhalb der Stadtmauern. Es wäre deshalb ein «Muss» für alle angehenden Politiker, hier die Lehre zu absolvieren und die Meisterprüfung abzulegen. Denn Fehler auf kantonaler Ebene wiegen schwerer und können auf dem eidgenössischen Level gravierend sein. Dennoch feiert das «Quereinsteigertum» seine Urstände, sei das mit einem sehr raschen Durchlauf ohne Reifungsmöglichkeit, sei das gar mit direktem, protegiertem Einstieg auf nationaler Ebene.



Bernhard im Oberdorf
Gemeinderat SVP
Zürich

Sicher ist es nicht so, dass sich die Beratungen im Gemeinderat auf «Geschwindigkeitsbeschränkungen auf den Hunderversäuberungsstrecken» beschränken, sondern da kommen auch «handfeste» Geschäfte zum Zug.

Kriminal-Mühleweg – Zentrum der Stadt und nicht der Welt

Es kam eine Weisung der Immobilien der Stadt Zürich betreffend einen Neubau der Kriminalabteilung der Stadtpolizei Zürich in den Rat; es ging eigentlich nur um die Erhöhung eines Projektierungskredites und die Verlängerung der Miete am alten Standort an der Zeughausstrasse. Zu dieser Weisung sprach Stefan Urech (SVP) als Referent der Kommissionsmehrheit, indem er die Weisung vorstellte und klarmachte, wie sehr die Vertreter der Polizei in der Kommission mit Fragen gelöchert wurden. So ging es zunächst um einen Rückweisungsantrag vonseiten der Grünen; die Ablehnung desselbigen begründete der Referent dann gleich selber aus der Sicht der SVP.

Um die Rückweisung entspann sich eine bleierne Debatte. Humorvoll war dann, dass Stefan Urech auch darauf hinwies, dass der ihn auch nicht begeisterte Betonklotz der Verwaltung immerhin gemildert werde durch Grünraum, auf dem sich «Studenten tummeln und Bürogummis hin und her

laufen können». So wurde die Rückweisung zurückgewiesen, die Weisung materiell behandelt und in der Folge denn auch angenommen.

Das war's dann mit den Weisungen; zur Polizei sollte es – als Beigemüse zur Weisung – noch Vorlagen des Stadtrates geben, in Form von Postulaten zur Polizei. Danach sollten dann nur noch persönliche Vorstösse zur Debatte stehen.

Parkierung – ein Dauerbrenner

Im Doppelgespann setzten sich aus Schwamendingen Dorotea Frei von der SP und Heinz Schatt von der SVP dafür ein, dass im Bereich der Winterthurer-, Bocklern- und Hüttenkopfstrasse das bestehende Parkplatzregime beibehalten werde. Ein zweifellos auch gewerberelevanter Vorstoss, der auch grossmehrheitlich überwiesen wurde.

In einem weiteren Postulat der SVP forderten Daniel Regli und Thomas Schwendener, dass in einem Bewilligungsverfahren für Geschäfte und bei der Durchsetzung von Verkehrs- und Parkierungsvorschriften keine Bevorzugung von Geschäftsinhabern mit Migrationshintergrund gewährt werde. Es ging im Besonderen um eine berühmte Tankstelle mit Shop in Zürich Seebach, bei der es einmal ein Tötungsdelikt gab. Das Postulat wurde nötig, wie Daniel Regli ausführte, weil die Antworten des Stadtrates auf eine Anfrage unbefriedigend blieben. Dafür gab es desto mehr zu parlieren, insbesondere weil – wie Daniel Regli darlegte – bei den türkischen Shop-Besuchern ein eigentlicher Wildwuchs beim Parkieren grassiere.

Behandelt wurde auch ein Postulat von Bernhard im Oberdorf und Wal-

ter Anken (beide SVP), in welchem gefordert wurde, dass die Parkkarten in der «Blauen Zone» auch in den angrenzenden Stadtkreisen gültig sind, um den Suchverkehr zu reduzieren.

Denn es zeigt sich, dass die Bereiche, die für zwei Stadtkreise ausgeschildert sind, untauglich knapp bemessen sind, sodass es nötig sein kann, den Wagen auch weiter vom Wohnort entfernt abzustellen. Das ist zwar nicht optimal für den einzelnen Anwohner, aber lan-

ges Kreisen auf der Parkplatzsuche ist für niemanden von Interesse. Und dass es dazu kommen kann, ist offenkundig, da ja die Ausgabe von Bewilligungen über das konkrete Angebot an Parkplätzen hinausgeht.

Ein Missbrauch – wie ihn Stadtrat Wolff moniert – ist natürlich nicht zu befürchten, denn niemand stellt den Wagen weiter vom Wohnort ab als notwendig.

Aber eben: ein rigides System ermöglicht es der Polizei, Bussenzettel zu verteilen, denn schon ein paar Meter zu weit weg können das Schwingen der Bussenkeule bewirken.

Eine zweite Auflage, welche eine Neuformulierung von Parkzonen beinhalten würde, hätte wohl im Rat eine gute Chance auf Überweisung.

AUFRUF ZUR TEILNAHME

Programmtagung am Samstag

Morgen Samstag findet die Arbeitstagung statt, an der die Basis der SVP Stadt Zürich unser Parteiprogramm aktualisiert. Alle Mitglieder der SVP sind herzlich eingeladen.



Mauro Tuena
Nationalrat
Parteipräsident
SVP Stadt Zürich

Die Tagung findet am Samstag, den 8. April im Restaurant «Landhus» in Seebach statt. Beginn ist um 08.00 Uhr, sie dauert bis am Mittag 12.00 Uhr.

Dabei wird unser Parteiprogramm inhaltlich aktualisiert und thematisch erweitert. Schwergewichtig werden an der Tagung die Themen Wirtschaft und Finanzen, Energie, Verkehr und

Gewerbe behandelt. Wir nehmen die Anregungen der Basis auf und diskutieren die neuen Schwerpunkte sowie Erweiterungen und Kürzungen im Parteiprogramm.

Im kommenden Wahlkampf wird das Programm eingesetzt, um die Positionen der SVP und ihre Lösungsvorschläge zu präsentieren.

Die SVP will als stärkste bürgerliche Partei mit klaren Positionen und stichfesten Argumenten in den Wahlkampf steigen.

Es sind noch Plätze frei. Es würde mich sehr freuen, wenn Sie an der Tagung teilnehmen und an unserem neuen Parteiprogramm aktiv mitarbeiten.

PAROLENFASSUNG AN DER DELEGIERTENVERSAMMLUNG

SVP sagt dreimal Nein

An der Delegiertenversammlung von letzter Woche beschloss die SVP der Stadt Zürich die Parolen zu den drei städtischen Abstimmungsvorlagen vom 21. Mai 2017.



Kantonsrat Roger Liebi und Stadtparteipräsident Mauro Tuena argumentieren vor den Delegierten.

SVP. Gemäss der «Grünstadt-Initiative» soll die Gemeindeordnung (städtische Verfassung) mit einem neuen Artikel ergänzt werden, der von der Stadt den aktiven Einsatz für die Sicherung von öffentlichen Grünräumen verlangt.

Eine Übergangsregelung bis zum Inkrafttreten der rechtlichen Grundlagen sieht einschneidende Regelungen bezüglich der Umzonung von Grundstücken vor. Die Initiative wurde inzwischen von den Initianten zurückgezogen, weil der Stadtrat erklärt hatte, dass die Ziele der Initiative im regionalen Richtplan festgelegt seien. Da die rigorose Übergangsregelung nicht ak-

zeptiert werden kann, bringt der Gemeinderat einen Gegenvorschlag zur Abstimmung, in dem auf diese verzichtet wird. Die SVP war von Anfang an gegen die Ziele der Initiative und vor allem ist sie konsequent gegen die rigorose Übergangsregelung. Die SVP-Delegierten beschlossen einstimmig die Nein-Parole.

Wohnbauaktion und Tanzhaus

In der Vorlage «Wohnbauaktion 2017» soll erneut ein Rahmenkredit – diesmal 90 Millionen Franken – genehmigt werden, mit dem der gemeinnützig genossenschaftliche und der kommunale

Wohnungsbau gefördert werden soll. Grundsätzlich ist die SVP gegen den stetig zunehmenden, staatlich subventionierten Wohnungsbau. Auch zu dieser Vorlage beschlossen die SVP-Delegierten einstimmig die Nein-Parole.

Die dritte Vorlage betrifft das Tanzhaus Zürich, eine Institution, die sich der Förderung des zeitgemässen Tan-

zes widmet. Dem Verein sollen ab 2019 Subventionen von jährlich 1,8 Mio. Franken zugesprochen werden (bestehend aus Betriebsbeitrag und Erlass der Kostenmiete).

Die SVP ist der Meinung, dass es nicht zu den Kernaufgaben der Stadt gehört, ein Kulturinstitut zu subventionieren, das pro Jahr von knapp 10 000 Besuchenden genutzt wird. Die SVP-Delegierten fassten zu diesem Geschäft einstimmig die Nein-Parole.

INSERAT

Masterplan Hochschulquartier:
Gigantismus oder umsichtige Zukunftsplanung

Öffentliche Podiumsdiskussion mit Moderator
Peter Hartmeier, Publizist

Regierungsrat Markus Kägi, SVP
Stadtrat André Odermatt, SP



Gemeinderat Michael Baumer, FDP
Gemeinderat Mario Mariani, CVP
Prof. Dr. med. Gregor Zünd, USZ



Dienstag, 11. April 2017, 18.30 – 20.30 Uhr

Konferenzraum Privatklinik Bethanien, Toblerstrasse 51, 8044 Zürich

18.30 Uhr Türöffnung

19.00 Uhr Begrüssung durch Gemeinderat Urs Fehr, SVP

19.10 Uhr Podiumsdiskussion mit anschliessendem Apéro

offertiert von der Privatklinik Bethanien und vom Gewerbeverein Zürich-Ost



Veranstalter:
Zürcher Kreisparteien 7+8 der SVP, FDP und CVP